

Politmonitor

Rückblick Herbstsession 2025

Publikationsdatum: 01.10.2025



Inhaltsverzeichnis

Sessionsrückblick	3
Neu eingereichte Geschäfte	10
Ausblick Kommissionssitzungen	14
Laufende Vernehmlassungen	18
Hängige Geschäfte	21

Sessionsrückblick

Divers

08.09. Ständerat **25.046** Geschäft des Bundesrates
**Bundesgesetz über die Berufsbildung (Berufsbildungsgesetz, BBG).
Änderung**
Stand: In Kommission des Nationalrats



Kartellrecht

08.09. Ständerat **23.047** Geschäft des Bundesrates
Kartellgesetz (KG). Änderung
Stand: In Kommission des Ständerats



Position: Ein guter Kompromiss aus dem Nationalrat wurde von der WAK-S in der Herbstsession nicht übernommen, sondern neue Abklärungen zum Art. 5 Abs 1bis bei der Verwaltung in Auftrag gegeben. In der Kommission ist es an der Sitzung Ende Oktober wieder traktandiert.

Bauenschweiz unterstützt mit weiteren Wirtschaftsdachverbänden wie economiesuisse, sgV, SwissHoldings und Handelschweiz den Entscheid des Nationalrates in der Sommersession und empfiehlt dem Ständerat dem Vorschlag zu folgen.

Die Schweizer Wirtschaft steht klar hinter den Zielen des Kartellrechts: Wettbewerbsbeschränkungen müssen verhindert und damit der funktionierende Wettbewerb als Grundprinzip unserer Marktwirtschaft gesichert werden. Hierzu braucht es ein starkes, rechtstaatliches und durchsetzungsfähiges Kartellgesetz. Allerdings hat sich die aktuelle Praxis der Wettbewerbsbehörden von diesem Grundauftrag entfernt. Anstatt auf die tatsächlichen Auswirkungen eines Verhaltens auf den Wettbewerb abzustellen, wird die blosse Form einer Vereinbarung bewertet. Bestimmte Arten von Absprachen gelten damit automatisch als unzulässig – selbst wenn sie nachweislich keine schädlichen Auswirkungen entfalten. Das führt zu erheblicher Rechtsunsicherheit, insbesondere für KMU, und behindert wirtschaftlich sinnvolle Kooperationen – etwa in Einkaufsgemeinschaften, Forschungsprojekten oder Versicherungspools.

Es geht nicht darum, zu den Zeiten der Kartelle zurückzukehren, sondern vielmehr darum, eine Korrektur vorzunehmen, um den ursprünglichen Willen des Gesetzgebers zu präzisieren und die übermässige Anwendung der Vorschriften durch die Behörden wieder in einen angemessenen Rahmen zu bringen. Die Wirtschaft hat sich im bisherigen parlamentarischen Prozess stets für die klare Rückkehr zu einer einzelfallbezogenen Wirkungsanalyse eingesetzt.

Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

09.09. Nationalrat **25.3930** Motion Schlatter (GRÜNE/ZH)
**Abgabe auf sämtliche per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen (PFAS)
an der Quelle**
Stand: Erledigt



Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

09.09. Nationalrat **25.3906** Motion Rechsteiner (M-E/Al)
PFAS-Grenzwerte mit realistischen Begleitmassnahmen
Stand: In Kommission des Ständerats



Position: Bauenschweiz anerkennt, dass PFAS sowohl für die menschliche Gesundheit als auch für die Umwelt eine Gefahr darstellen können und insbesondere die besorgniserregenden Stoffe eingedämmt werden müssen. Die Bauwirtschaft ist bereit, im Rahmen ihrer Möglichkeiten bei der Lösung dieser Herausforderung mitzuhelfen und die Mitglieder arbeiten bereits fachlich am Thema, um die kritischen Anwendungen von PFAS zu identifizieren und den Umgang damit zu klären. Siehe die **gemeinsamen Haltung** dazu.

Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

09.09. Nationalrat **25.3902** Motion Vincenz-Stauffacher (FDP-Liberale/SG)
Einführung einer Deklarationspflicht für PFAS
Stand: In Kommission des Ständerats



Position: Bauenschweiz anerkennt, dass PFAS sowohl für die menschliche Gesundheit als auch für die Umwelt eine Gefahr darstellen können und insbesondere die besorgniserregenden Stoffe eingedämmt werden müssen. Die Bauwirtschaft ist bereit, im Rahmen ihrer Möglichkeiten bei der Lösung dieser Herausforderung mitzuhelfen und die Mitglieder arbeiten bereits fachlich am Thema, um die kritischen Anwendungen von PFAS zu identifizieren und den Umgang damit zu klären. Siehe die **gemeinsamen Haltung** dazu.

Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

09.09. Nationalrat **25.3801** Motion Schaffner (glp/ZH)
**PFAS schrittweise reduzieren. Sektorielle Absenkpfade und
Massnahmen definieren**
Stand: Erledigt



Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

09.09. Nationalrat **25.3797** Motion Docourt (SP/NE)
Beschränkung der Zulassung von PFAS auf wesentliche Verwendungszwecke
 Stand: Erledigt



Raumplanung

erg. 09.09. Nationalrat **25.3411** Motion Hübscher (SVP/ZH)
Infrastrukturbauten ermöglichen
 Stand: Stellungnahme zum Vorstoss liegt vor



Raumplanung

erg. 09.09. Nationalrat **25.3113** Motion Ruch (FDP-Liberale/VD)
Änderung der Raumplanung zugunsten von bestehenden bewohnten und teilweise bewohnten Gebäuden ausserhalb der Bauzone
 Stand: Stellungnahme zum Vorstoss liegt vor



Position: Bauenschweiz unterstützt die Motion im Grundsatz, ohne dabei die Zielsetzung des RPGII mit Bauen ausserhalb der Bauzone zu schwächen.

Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

erg. 09.09. Nationalrat **25.3088** Postulat Imark (SVP/SO)
Überprüfung der Fotovoltaikförderung
 Stand: Überwiesen an den Bundesrat



Beschaffungsrecht

10.09. Ständerat **25.3676** Interpellation Wicki (FDP-Liberale/NW)
Vorbildfunktion durch bundeseigene Betriebe und Verwaltungseinheiten für partnerschaftliche Zusammenarbeit
 Stand: Erledigt



Position: Bauenschweiz begrüsst die in der Interpellationen gestellten Fragen. Für die zunehmende Komplexität auf Bau- und Sanierungsvorhaben und die gesetzlich verankerten Ziele im Bereich Kreislaufwirtschaft, Klima und Energie braucht es von Beginn an eine partnerschaftliche Zusammenarbeit. Damit kann auch die Basis gelegt werden für neue partnerschaftliche Abwicklungsmodelle.

Die **Stellungnahme** des Bundesrats liegt vor.

Beschaffungsrecht, Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

10.09. Nationalrat **25.3426** Motion UREK-NR
Stärkung nachhaltiger Baustoffe über die Vorbildfunktion des Bundes
 Stand: Überwiesen an den Bundesrat



Position: Die Motion wurde in der Herbstsession an den Bundesrat überwiesen.

Im Grundsatz ist das Anliegen zur Vorbildfunktion der Öffentlichen Hand aus Sicht der Bauwirtschaft wichtig und richtig. Bauenschweiz plädiert jedoch dafür zum jetzigen Zeitpunkt keine parallelen, zusätzlichen Arbeiten zu starten.

Aus diesem Grund begrüsst Bauenschweiz das **Votum** von Bundesrat Albert Rösli in der Ständeratsdebatte Sommersession. Die Grundlagen für die von der Kommission geforderte «Stärkung nachhaltiger Baustoffe bei öffentlichen Ausschreibungen» sind aus Sicht Dachverband bereits geschaffen und wichtig ist, dass bei einer Überweisung durch den Nationalrat diese Arbeit - auch von BAFU und KBOB - gestärkt wird.

Gleichzeitig sind mit diesen Grundlagen die öffentlichen Bauherrschaften aufgefordert, ihre Vorbildfunktion mit einem deutlich höheren Tempo wahrzunehmen, um die Zielvorgabe im Klimaschutz und der Kreislaufwirtschaft zu erreichen. Das revidierte BöB und die IVöB haben die Grundlage geschaffen auf die Qualität und damit die Nachhaltigkeit an Stelle des Preises zu fokussieren.

Divers

10.09. Ständerat **25.441** Parlamentarische Initiative SGK-SR
 18.09. Nationalrat **Die Höchstbezugsdauer bei Kurzarbeit soll um zwölf statt um sechs**
 24.09. Ständerat **Abrechnungsperioden verlängert werden können**
 Stand: Erledigt



Notizen: Das Geschäft wurde in der Schlussabstimmung der Herbstsession verabschiedet.

Raumplanung

10.09. Ständerat **25.040** Geschäft des Bundesrates
Immobilienbotschaft zivil 2025
 Stand: In Kommission des Nationalrats



Divers

11.09. Nationalrat **24.4420** Motion Hegglin (M-E/ZG)
Rechtssicherheit bei der Erschliessung von Abbaugebieten
 Stand: Überwiesen an den Bundesrat



Position: Das Geschäft wurde in der Herbstsession an den Bundesrat überwiesen. Bauenschweiz unterstützte das Anliegen.

Das Bundesgericht hat im Spätsommer 2024 einen für die Bauwirtschaft weitreichenden Entscheid gefällt: Entgegen der bisherigen Praxis ist es seither in der Schweiz nicht mehr möglich bei Abbauprojekten zur Erschliessung von Primärrohstoffen frühzeitig eine Dienstbarkeit im Grundbuch einzutragen, um die Abbau- und Deponierechte zu sichern. Die Parteien benötigen bei solchen Projekten frühzeitige Rechtssicherheit. Von der Absichtserklärung der Involvierten, bis zum kantonalen Richtplaneintrag und zur Zonenplanänderung auf Gemeindeebene dauert es in der Regel mindestens zehn Jahre. In dieser Phase werden von den Unternehmen sechs- bis siebenstelligen Summen vorinvestiert. Die neueste Rechtsprechung verhindert, dass diese Investitionen frühzeitig dinglich abgesichert werden können. Für Grundbesitzer andererseits steigt der Druck, wenn sie ohne grundbuchamtliche Zusicherung in den kommunalen, politischen Prozessen ihre Interessen wahrnehmen wollen. Überdies verlieren die Landwirte die Möglichkeit von Anfang an in einem partnerschaftlichen Verhältnis die Rahmenbedingungen für einen Abbau festzulegen. Es ist davon auszugehen, dass schweizweit deutlich weniger Gesuche für den Kiesabbau, die Wiederauffüllung oder das Errichten und den Betrieb einer Deponie eingereicht werden. Ist die inländische Versorgung in Frage gestellt, müsste Rohstoff importiert werden, was aus ökologischer, ökonomischer und sozialer Sicht keinen Sinn macht.

Divers

15.09. Ständerat **25.3624** Motion Schmid (FDP-Liberale/GR)
Lernenden für die gesamte Lehrzeit die Grenzgängerbewilligung erteilen
 Stand: In Kommission des Nationalrats



Position: Bauenschweiz unterstützt die Motion. Die Bauwirtschaft braucht genügend gut ausgebildete Fachkräfte, um die Modernisierung des Gebäude- und Infrastrukturparks voranzutreiben. Zugleich werden die Unternehmen entlastet, was der Dachverband begrüsst.

Divers

22.09. Ständerat **25.3631** Interpellation Wicki (FDP-Liberale/NW)
Cargo sous terrain. Die Lösung für das prognostizierte Güterverkehrswachstum
 Stand: Erledigt



Position: Bauenschweiz begrüsst die Interpellation und die darin gestellten Fragen. Die **Stellungnahme** des Bundesrats liegt vor.

Divers

erg. 23.09. Nationalrat **24.3549** Motion Blunschy (M-E/SZ)
Hürden für die Unternehmensnachfolge abbauen, Nachteile gegenüber der Firmengründung eliminieren
Stand: Stellungnahme zum Vorstoss liegt vor



Position: Bauenschweiz unterstützt die Motion.

Divers

25.09. Ständerat **25.3953** Motion KVF-SR
Alimentierung und Liquidität Bahninfrastrukturfonds sicherstellen
Stand: In Kommission des Nationalrats



Position: Bauenschweiz unterstützt die Motion der KVF.

Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

25.09. Ständerat **25.3868** Motion Crevoisier Crelier (SP/JU)
Beschränkung der Zulassung von PFAS auf wesentliche Verwendungszwecke
Stand: Zugewiesen an die behandelnde Kommission



Position: Bauenschweiz anerkennt, dass PFAS sowohl für die menschliche Gesundheit als auch für die Umwelt eine Gefahr darstellen können und insbesondere die besorgniserregenden Stoffe eingedämmt werden müssen. Die Bauwirtschaft ist bereit, im Rahmen ihrer Möglichkeiten bei der Lösung dieser Herausforderung mitzuhelfen und die Mitglieder arbeiten bereits fachlich am Thema, um die kritischen Anwendungen von PFAS zu identifizieren und den Umgang damit zu klären. Siehe die **gemeinsamen Haltung** dazu.

Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

25.09. Ständerat **25.3865** Motion Moser (glp/ZH)
PFAS schrittweise reduzieren. Sektorielle Absenkpfade und Massnahmen definieren
Stand: Zugewiesen an die behandelnde Kommission



Position: Bauenschweiz anerkennt, dass PFAS sowohl für die menschliche Gesundheit als auch für die Umwelt eine Gefahr darstellen können und insbesondere die besorgniserregenden Stoffe eingedämmt werden müssen. Die Bauwirtschaft ist bereit, im Rahmen ihrer Möglichkeiten bei der Lösung dieser Herausforderung mitzuhelfen und die Mitglieder arbeiten bereits fachlich am Thema, um die kritischen Anwendungen von PFAS zu identifizieren und den Umgang damit zu klären. Siehe die **gemeinsamen Haltung** dazu.

Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

- 25.09. Ständerat **25.3746** Motion Graf (GRÜNE/BL)
Abgabe auf sämtliche per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen (PFAS) an der Quelle
 Stand: Zugewiesen an die behandelnde Kommission



Position: Bauenschweiz anerkennt, dass PFAS sowohl für die menschliche Gesundheit als auch für die Umwelt eine Gefahr darstellen können und insbesondere die besorgniserregenden Stoffe eingedämmt werden müssen. Die Bauwirtschaft ist bereit, im Rahmen ihrer Möglichkeiten bei der Lösung dieser Herausforderung mitzuhelfen und die Mitglieder arbeiten bereits fachlich am Thema, um die kritischen Anwendungen von PFAS zu identifizieren und den Umgang damit zu klären. Siehe die **gemeinsamen Haltung** dazu.

Raumplanung

- 25.09. Ständerat **25.3708** Motion Z'graggen (M-E/UR)
Strategie zur qualitätvollen Transformation in Agglomerationen und zu verdichtenden Räumen
 Stand: Erledigt



Raumplanung

- 25.09. Ständerat **25.3707** Postulat Dittli (FDP-Liberale/UR)
Erschliessung von Raumreserven über Gleisfeldern an Zentrumsanlagen
 Stand: Überwiesen an den Bundesrat



Raumplanung

- 25.09. Ständerat **22.3953** Motion Munz (SP/SH)
Beschleunigtes Bewilligungsverfahren für Fotovoltaikanlagen auf Infrastrukturanlagen
 Stand: Überwiesen an den Bundesrat



Position: Bauenschweiz unterstützt die Motion.

Neu eingereichte Geschäfte

Divers

25.4328 Motion Schneeberger (FDP-Liberale/BL)
Unabhängigere Regulierungskostenschätzung
Stand: Eingereicht



Position: Bauenschweiz unterstützt die Motion.

Divers

25.4260 Postulat Michaud Gigon (GRÜNE/VD)
Titel folgt
Stand: Eingereicht



Divers

25.4138 Postulat Christ (glp/BS)
Potenzial für einen früheren Arbeitsmarkteintritt junger Menschen prüfen
Stand: Eingereicht



Divers

25.4053 Motion Stadler (M-E/UR)
6 Wochen Ferien in der Lehre: Berufsbildung stärken
Stand: Eingereicht



Position: Die Motion wird im Dachverband diskutiert. Dabei wurden erste Bedenken hinsichtlich der Sicherstellung der Ausbildungsqualität geäußert, insbesondere im Bereich Arbeitssicherheit.

Notizen: Vier weitere gleichlautende Motionen wurden von Ryser (25.4050), Jost (25.4051), Stämpfli (25.4052) und Wasserfallen (25.4163) eingereicht.

Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften, Divers

30.10.	UREK-SR	25.068 Geschäft des Bundesrates	
20.11.	UREK-SR	«Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)» Volksinitiative und indirekter Gegenentwurf Stand: Zugewiesen an die behandelnde Kommission	

Position: Bauenschweiz hat an der Vernehmlassung teilgenommen und eine **Stellungnahme** eingereicht.

Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften, Divers

06.10.	WBK-SR	25.063 Geschäft des Bundesrates	
16.10.	KVF-SR	Entlastungspaket 27 (EP27) für den Bundeshaushalt	
16.10.	APK-SR	Stand: Zugewiesen an die behandelnde Kommission	
20.10.	SGK-SR		
27.10.	KVF-NR		
30.10.	UREK-SR		
13.11.	WBK-NR		

Position: Bauenschweiz setzt sich gemeinsam mit seinen Mitgliedern und weiteren Verbänden für den Erhalt des Gebäudeprogramms ein. Nach der Abschaffung des Eigenmietwerts und damit dem Wegfall der Abzüge für Gebäudeunterhalt und energetische Sanierungen gewinnt dieses noch stärker an Bedeutung.

Eine ausführliche Position ist in der **Stellungnahme** zur Vernehmlassung auffindbar.

Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

25.4385 Postulat Grossen (glp/BE)
Analyse des Stromeffizienz-Erfolgs in der Schweiz und Lehren für die Zukunft
 Stand: Eingereicht



Position: Bauenschweiz unterstützt das Postulat.

Divers

25.4192 Motion Silberschmidt (FDP-Liberale/ZH)
Investitionsbedingungen für Unternehmen verbessern
 Stand: Eingereicht



Notizen: Gleichlautende Motion 25.4264 wurde im Ständerat eingereicht.

Divers

25.4187 Motion Stark (SVP/TG)

Einführung einer KMU-Regulierungskostenbremse

Stand: Eingereicht



Notizen: Gleichlautende Motion 25.4137 wurde im Nationalrat eingereicht.

Raumplanung, Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

25.4159 Motion Meier (M-E/AG)

Rechtssicherheit für Photovoltaik in ISOS-Ortsbildern

Stand: Eingereicht



Divers

25.4147 Motion Herzog (SP/BS)

Sicherung des Leistungsniveaus bei SBB Cargo inklusive Erhalt eines Kernnetzes im kombinierten Güterverkehr

Stand: Eingereicht



Divers

06.10. KVF-NR

25.3953 Motion KVF-SR

Alimentierung und Liquidität Bahninfrastrukturfonds sicherstellen

Stand: In Kommission des Nationalrats



Position: Bauenschweiz unterstützt die Motion der KVF.

Raumplanung

25.3707 Postulat Dittli (FDP-Liberale/UR)

Erschliessung von Raumreserven über Gleisfeldern an Zentrumslagen

Stand: Überwiesen an den Bundesrat



Divers

25.3956 Motion KVF-NR

Anpassung der Schwerverkehrsabgabeverordnung

Stand: Eingereicht



Divers

25.4003 Postulat Fraktion GL

Wirtschaft entlasten durch Vereinfachung des Steuersystems

Stand: Eingereicht



Raumplanung

25.3973 Motion Gmür-Schönenberger (M-E/LU)

Missbräuchliche Baueinsprachen sanktionieren

Stand: Eingereicht



Position: Bauenschweiz unterstützt die Motion, welche auf der **Studie** von BWO und ARE in Sachen Rechtssysteme vom 1.7.2025 beruht. Bauenschweiz wirkte dabei in der Begleitgruppe mit.

Raumplanung

25.3972 Motion Gmür-Schönenberger (M-E/LU)

Baueinsprachen: Schutzwürdige Interessen klar definieren.

Stand: Eingereicht



Position: Bauenschweiz unterstützt die Motion, welche auf der **Studie** von BWO und ARE in Sachen Rechtssysteme vom 1.7.2025 beruht. Bauenschweiz wirkte dabei in der Begleitgruppe mit.

Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

25.316 Standesinitiative Genf

Reduktion der in Deponien gelagerten Schlackenmenge

Stand: Eingereicht



Ausblick Kommissionssitzungen

Divers

06.10. KVF-NR **25.3953** Motion KVF-SR
Alimentierung und Liquidität Bahninfrastrukturfonds sicherstellen
 Stand: In Kommission des Nationalrats



Position: Bauenschweiz unterstützt die Motion der KVF.

Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften, Divers

06.10. WBK-SR **25.063** Geschäft des Bundesrates
 16.10. KVF-SR **Entlastungspaket 27 (EP27) für den Bundeshaushalt**
 16.10. APK-SR Stand: Zugewiesen an die behandelnde Kommission
 20.10. SGK-SR
 27.10. KVF-NR
 30.10. UREK-SR
 13.11. WBK-NR



Position: Bauenschweiz setzt sich gemeinsam mit seinen Mitgliedern und weiteren Verbänden für den Erhalt des Gebäudeprogramms ein. Nach der Abschaffung des Eigenmietwerts und damit dem Wegfall der Abzüge für Gebäudeunterhalt und energetische Sanierungen gewinnt dieses noch stärker an Bedeutung.

Eine ausführliche Position ist in der **Stellungnahme** zur Vernehmlassung auffindbar.

Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

20.10. UREK-NR **25.440** Parlamentarische Initiative UREK-NR
Abgeltungen für PFAS-Sanierungen rückwirkend zulassen
 Stand: Zugewiesen an die behandelnde Kommission



Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

20.10. UREK-NR **21.432** Parlamentarische Initiative Ryser (GRÜNE/SG)
Grundlagen für ein CO2-Grenzausgleichssystem schaffen
 Stand: In Kommission des Nationalrats



Position: Damit inländische Produktionsunternehmen von Baumaterialien auch gegenüber Konkurrenten aus Nicht-EU-Staaten und dem nahen Ausland wettbewerbsfähig bleiben und damit weiterhin qualitativ hochwertige Baustoffe hierzulande produzieren können, braucht es zielgerichtete Massnahmen pro Sektor.

Notizen: Der Nationalrat beschloss Fristverlängerung bis zur Frühjahrssession 2027. In der UREK-N wurden zur Umsetzung an einer der letzten Sitzungen Anhörungen durchgeführt.

Raumplanung

23.10. WBK-NR

25.3153 Motion Würth (M-E/SG)

**Aufgabenteilung im Bereich Denkmal-, Heimat- und Ortsbildschutz
wieder auf den Kerngehalt der NFA I und der Verfassung zurückführen**

Stand: In Kommission des Nationalrats



Kartellrecht

23.10. WAK-SR

23.047 Geschäft des Bundesrates

Kartellgesetz (KG). Änderung

Stand: In Kommission des Ständerats



Position: Ein guter Kompromiss aus dem Nationalrat wurde von der WAK-S in der Herbstsession nicht übernommen, sondern neue Abklärungen zum Art. 5 Abs 1bis bei der Verwaltung in Auftrag gegeben. In der Kommission ist es an der Sitzung Ende Oktober wieder traktandiert.

Bauenschweiz unterstützt mit weiteren Wirtschaftsdachverbänden wie economiesuisse, sgV, SwissHoldings und Handelschweiz den Entscheid des Nationalrates in der Sommersession und empfiehlt dem Ständerat dem Vorschlag zu folgen.

Die Schweizer Wirtschaft steht klar hinter den Zielen des Kartellrechts: Wettbewerbsbeschränkungen müssen verhindert und damit der funktionierende Wettbewerb als Grundprinzip unserer Marktwirtschaft gesichert werden. Hierzu braucht es ein starkes, rechtstaatliches und durchsetzungsfähiges Kartellgesetz. Allerdings hat sich die aktuelle Praxis der Wettbewerbsbehörden von diesem Grundauftrag entfernt. Anstatt auf die tatsächlichen Auswirkungen eines Verhaltens auf den Wettbewerb abzustellen, wird die bloss Form einer Vereinbarung bewertet. Bestimmte Arten von Absprachen gelten damit automatisch als unzulässig – selbst wenn sie nachweislich keine schädlichen Auswirkungen entfalten. Das führt zu erheblicher Rechtsunsicherheit, insbesondere für KMU, und behindert wirtschaftlich sinnvolle Kooperationen – etwa in Einkaufsgemeinschaften, Forschungsprojekten oder Versicherungspools.

Es geht nicht darum, zu den Zeiten der Kartelle zurückzukehren, sondern vielmehr darum, eine Korrektur vorzunehmen, um den ursprünglichen Willen des Gesetzgebers zu präzisieren und die übermässige Anwendung der Vorschriften durch die Behörden wieder in einen angemessenen Rahmen zu bringen. Die Wirtschaft hat sich im bisherigen parlamentarischen Prozess stets für die klare Rückkehr zu einer einzelfallbezogenen Wirkungsanalyse eingesetzt.

Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften, Divers

- | | | | |
|--------|---------|---|---|
| 30.10. | UREK-SR | 25.068 Geschäft des Bundesrates |  |
| 20.11. | UREK-SR | «Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)» Volksinitiative und indirekter Gegenentwurf
Stand: Zugewiesen an die behandelnde Kommission | |

Position: Bauenschweiz hat an der Vernehmlassung teilgenommen und eine **Stellungnahme** eingereicht.

Raumplanung, Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

- | | | | |
|--------|---------|---|---|
| 30.10. | UREK-SR | 23.4432 Motion Z'graggen (M-E/UR)
Förderung der Qualität der bestehenden Schutzflächen und der Biodiversität im Siedlungsraum
Stand: In Kommission des Ständerats |  |
|--------|---------|---|---|

Divers

- | | | | |
|--------|--------|---|---|
| 30.10. | SGK-NR | 22.4199 Motion Sollberger (SVP/BL)
Anpassung der Bauarbeitenverordnung hinsichtlich der Notwendigkeit zur Einreichung eines Gesundheits- und Sicherheitsschutzkonzeptes
Stand: In Kommission des Nationalrats |  |
|--------|--------|---|---|

Position: Bauenschweiz unterstützt die in der Motion aufgeführten Herausforderungen und begrüsst den Entscheid des Ständerates dem Anliegen zu folgen. Der Dachverband beantragt der SGK-N die angepasste Formulierung zu unterstützen. Die Themenplattform Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz von Bauenschweiz hat dem BAG weitere Themen zugestellt, bei denen die Bestimmungen in der BauAV auf den Bau- und Sanierungsvorhaben nicht praxistauglich sind. Der Dachverband steht zur Umsetzbarkeit der verschiedenen Anliegen auch im Austausch mit der Suva.

Divers

- | | | | |
|--------|--------|---|---|
| 03.11. | SPK-SR | 24.3780 Motion Grossen (glp/BE)
Marktgerechte Löhne beim Bund. Privatwirtschaft nicht mit ungleichen Spiessen konkurrenzieren
Stand: In Kommission des Ständerats |  |
|--------|--------|---|---|

Position: Bauenschweiz unterstützt die Motion.

Divers

13.11.

WBK-NR

25.046 Geschäft des Bundesrates

**Bundesgesetz über die Berufsbildung (Berufsbildungsgesetz, BBG).
Änderung**

Stand: In Kommission des Nationalrats



Laufende Vernehmlassungen

Divers

2025/27

Abgabe auf der Fahrleistung von Elektrofahrzeugen / Steuer auf dem Ladestrom für Elektrofahrzeuge



Laufend, Frist 09.01.26

Inhalt: Mit zunehmender Verbreitung der Elektromobilität nehmen die für den Bund wichtigen Einnahmen aus den Mineralölsteuern auf fossilen Treibstoffen ab. Die Steuerausfälle sollen kompensiert werden. Es werden dazu zwei Varianten bzw. Gesetzesentwürfe unterbreitet. Zusätzlich soll die Bundesverfassung dahingehend angepasst werden, damit die Verwendung der Einnahmen aus der Abgabe bzw. Steuer analog der Verwendung der Mineralölsteuereinnahmen erfolgt.

Behörde: Bundesrat

Federführendes Amt: Bundesamt für Strassen

Unterlagen: [Vernehmlassungsvorlage-3](#) | [Vernehmlassungsvorlage-4](#) | [Vernehmlassungsvorlage-2](#) | [Vernehmlassungsvorlage-1](#) | [Erläuternder Bericht](#) | [Begleitschreiben](#) | [Begleitschreiben-2](#) | [Adressatenliste](#) | [Antwortformular](#)

Betroffene SR-Nummern: [101](#) | [734.7](#) | [314.1](#) | [741.71](#) | [641.61](#) | [741.01](#) | [725.116.2](#)

Aktualisiert: 30.09.25

Divers

2025/80

23.462 n Pa. Iv. Grossen Jürg. Klare Spielregeln für Bundesunternehmen im Wettbewerb mit Privaten



Laufend, Frist 16.12.25

Inhalt: Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates schlägt eine Änderung der Postgesetzgebung (Postgesetz und Postorganisationsgesetz) vor. Ziel ist es, die Rahmenbedingungen für das Handeln der Post im Wettbewerb mit privaten Unternehmen anzupassen. Vorgesehen sind eine Präzisierung des Unternehmenszwecks, eine Verschärfung des Verbots von Quersubventionierungen sowie die Einführung eines Rechtsschutzes für Mitbewerberinnen und Mitbewerber der Post.

Unterlagen: [Vernehmlassungsvorlage](#) | [Erläuternder Bericht](#) | [Begleitschreiben](#) | [Begleitschreiben-2](#) | [Adressatenliste](#) | [Synoptische Tabelle](#) | [Fragebogen](#)

Betroffene SR-Nummern: [783.0](#) | [783.1](#)

Aktualisiert: 16.09.25

Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

2025/57

Verordnungspaket Umwelt Frühling 2026



Laufend, Frist 16.10.25

Inhalt: Anpassung von Verordnungen des Umweltrechts, namentlich die Verordnung über die Vermeidung und die Entsorgung von Abfällen (Abfall-Verordnung, VVEA; SR 814.600) und die Verordnung über Getränkeverpackungen (VGv; SR 814.621) zu einer Verordnung über Verpackungen (Verpackungsverordnung; VerpV).

Behörde: Bundesrat

Unterlagen: [Vernehmlassungsvorlage](#) | [Vernehmlassungsvorlage-2](#) | [Erläuternder Bericht](#) | [Erläuternder Bericht-2](#) | [Begleitschreiben](#) | [Begleitschreiben-2](#) | [Adressatenliste](#) | [Synoptische Tabelle](#)

Betroffene SR-Nummern: [814.621](#) | [814.600](#)

Aktualisiert: 01.08.25

Raumplanung

2025/51

Revision der Lärmschutzverordnung (LSV)



Laufend, Frist 06.10.25

Inhalt: Die Revision der Lärmschutz-Verordnung (LSV; SR 814.41) soll die Umsetzung neuer USG-Bestimmungen unterstützen. Einerseits möchte der Bundesrat die neuen Anforderungen weiter konkretisieren. Andererseits möchte er Widersprüche in der LSV und zwischen USG und LSV beseitigen. Schliesslich fallen durch die Änderungen auf Gesetzesstufe die lärmschutzrechtlichen Anforderungen an die Erschliessung weg.

Behörde: Bundesrat

Unterlagen: [Vernehmlassungsvorlage](#) | [Erläuternder Bericht](#) | [Erläuternder Bericht-2](#) | [Begleitschreiben](#) | [Begleitschreiben-2](#) | [Adressatenliste](#)

Betroffene SR-Nummern: [814.41](#)

Aktualisiert: 01.08.25

Divers

2025/47

Paket «Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz–EU»



Laufend, Frist 31.10.25

Inhalt: Das vorliegende Paket ist Ausdruck der Kontinuität der massgeschneiderten Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU. Es stabilisiert den bewährten bilateralen Weg und garantiert das Funktionieren der bestehenden bilateralen Verträge für die Zukunft. Zudem werden dadurch die Beziehungen in denjenigen Bereichen weiterentwickelt, die im Interesse der Schweiz liegen. Dazu kommen inländische Massnahmen, die für die Umsetzung der völkerrechtlichen Verträge nicht zwingend sind, vom Bundesrat jedoch zusätzlich ausgearbeitet wurden.

Behörde: Bundesrat

Unterlagen: [Vernehmlassungsvorlagen: Bundesbeschlüsse inkl. Erlasstexte](#) | [Vernehmlassungsvorlagen: Übersicht Abkommen, Protokolle und Erklärungen](#) | [Erläuternder Bericht](#) | [Begleitschreiben](#) | [Begleitschreiben-2](#) | [Adressatenliste](#) | [Synoptische Tabellen](#) | [Antwortformular](#)

Betroffene SR-Nummern: [921.0](#) | [831.40](#) | [414.20](#) | [831.42](#) | [142.20](#) | [173.32](#) | [193.9](#) | [220](#) | [734.7](#) | [742.101](#) | [748.0](#) | [817.0](#) | [172.056.1](#) | [414.110](#) | [173.110](#) | [910.1](#) | [210](#) | [251](#) | [281.1](#) | [455](#) | [745.1](#) | [221.215.311](#) | [811.11](#) | [935.81](#) | [942.20](#) | [935.01](#) | [823.11](#) | [730.0](#) | [916.40](#) | [823.20](#) | [811.21](#)

Aktualisiert: 01.08.25

Kartellrecht

2025/15

Änderung des Kartellgesetzes (Reform Wettbewerbsbehörden)



Laufend, Frist 06.10.25

Inhalt: Mit unterschiedlichen Anpassungen auf Stufe Wettbewerbskommission und Bundesverwaltungsgericht soll die Kartellrechtsdurchsetzung verbessert und die Akzeptanz der Verfahren bei allen Beteiligten erhöht werden.

Behörde: Bundesrat

Federführendes Amt: Staatssekretariat für Wirtschaft

Unterlagen: [Vernehmlassungsvorlage](#) | [Erläuternder Bericht](#) | [Begleitschreiben](#) | [Begleitschreiben-2](#) | [Adressatenliste](#) | [Synoptische Tabelle](#)

Betroffene SR-Nummern: [173.32](#) | [251](#)

Aktualisiert: 01.08.25

Hängige Geschäfte

Divers

03.11. SPK-SR **24.3780** Motion Grossen (glp/BE)
Marktgerechte Löhne beim Bund. Privatwirtschaft nicht mit ungleichen Spiessen konkurrenzieren
Stand: In Kommission des Ständerats



Position: Bauenschweiz unterstützt die Motion.

Kartellrecht

23.10. WAK-SR **23.047** Geschäft des Bundesrates
Kartellgesetz (KG). Änderung
Stand: In Kommission des Ständerats



Position: Ein guter Kompromiss aus dem Nationalrat wurde von der WAK-S in der Herbstsession nicht übernommen, sondern neue Abklärungen zum Art. 5 Abs 1bis bei der Verwaltung in Auftrag gegeben. In der Kommission ist es an der Sitzung Ende Oktober wieder traktandiert.

Bauenschweiz unterstützt mit weiteren Wirtschaftsdachverbänden wie economiesuisse, sgV, SwissHoldings und Handelschweiz den Entscheid des Nationalrates in der Sommersession und empfiehlt dem Ständerat dem Vorschlag zu folgen.

Die Schweizer Wirtschaft steht klar hinter den Zielen des Kartellrechts: Wettbewerbsbeschränkungen müssen verhindert und damit der funktionierende Wettbewerb als Grundprinzip unserer Marktwirtschaft gesichert werden. Hierzu braucht es ein starkes, rechtstaatliches und durchsetzungsfähiges Kartellgesetz. Allerdings hat sich die aktuelle Praxis der Wettbewerbsbehörden von diesem Grundauftrag entfernt. Anstatt auf die tatsächlichen Auswirkungen eines Verhaltens auf den Wettbewerb abzustellen, wird die bloss Form einer Vereinbarung bewertet. Bestimmte Arten von Absprachen gelten damit automatisch als unzulässig – selbst wenn sie nachweislich keine schädlichen Auswirkungen entfalten. Das führt zu erheblicher Rechtsunsicherheit, insbesondere für KMU, und behindert wirtschaftlich sinnvolle Kooperationen – etwa in Einkaufsgemeinschaften, Forschungsprojekten oder Versicherungspools.

Es geht nicht darum, zu den Zeiten der Kartelle zurückzukehren, sondern vielmehr darum, eine Korrektur vorzunehmen, um den ursprünglichen Willen des Gesetzgebers zu präzisieren und die übermässige Anwendung der Vorschriften durch die Behörden wieder in einen angemessenen Rahmen zu bringen. Die Wirtschaft hat sich im bisherigen parlamentarischen Prozess stets für die klare Rückkehr zu einer einzelfallbezogenen Wirkungsanalyse eingesetzt.

Raumplanung

25.3489 Postulat Wandfluh (SVP/BE)

Naturgefahren. Kriterien für eine differenzierte Nutzung von Gefahrengebieten

Stand: Überwiesen an den Bundesrat



Position: Bauenschweiz empfiehlt die Annahme des Postulats.

Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

25.3868 Motion Crevoisier Crelrier (SP/JU)

Beschränkung der Zulassung von PFAS auf wesentliche Verwendungszwecke

Stand: Zugewiesen an die behandelnde Kommission



Position: Bauenschweiz anerkennt, dass PFAS sowohl für die menschliche Gesundheit als auch für die Umwelt eine Gefahr darstellen können und insbesondere die besorgniserregenden Stoffe eingedämmt werden müssen. Die Bauwirtschaft ist bereit, im Rahmen ihrer Möglichkeiten bei der Lösung dieser Herausforderung mitzuhelfen und die Mitglieder arbeiten bereits fachlich am Thema, um die kritischen Anwendungen von PFAS zu identifizieren und den Umgang damit zu klären. Siehe die **gemeinsamen Haltung** dazu.

Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

25.3866 Motion Michel (FDP-Liberale/ZG)

Einführung einer Deklarationspflicht für PFAS

Stand: Zugewiesen an die behandelnde Kommission



Raumplanung

22.3953 Motion Munz (SP/SH)

Beschleunigtes Bewilligungsverfahren für Fotovoltaikanlagen auf Infrastrukturanlagen

Stand: Überwiesen an den Bundesrat



Position: Bauenschweiz unterstützt die Motion.

Raumplanung

23.10. WBK-NR

25.3153 Motion Würth (M-E/SG)

Aufgabenteilung im Bereich Denkmal-, Heimat- und Ortsbildschutz wieder auf den Kerngehalt der NFA I und der Verfassung zurückführen

Stand: In Kommission des Nationalrats



Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

20.10. UREK-NR **25.440** Parlamentarische Initiative UREK-NR
Abgeltungen für PFAS-Sanierungen rückwirkend zulassen
 Stand: Zugewiesen an die behandelnde Kommission



Divers

13.11. WBK-NR **25.046** Geschäft des Bundesrates
**Bundesgesetz über die Berufsbildung (Berufsbildungsgesetz, BBG).
 Änderung**
 Stand: In Kommission des Nationalrats



Raumplanung, Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

30.10. UREK-SR **23.4432** Motion Z'graggen (M-E/UR)
**Förderung der Qualität der bestehenden Schutzflächen und der
 Biodiversität im Siedlungsraum**
 Stand: In Kommission des Ständerats



Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

25.3906 Motion Rechsteiner (M-E/Al)
PFAS-Grenzwerte mit realistischen Begleitmassnahmen
 Stand: In Kommission des Ständerats



Position: Bauenschweiz anerkennt, dass PFAS sowohl für die menschliche Gesundheit als auch für die Umwelt eine Gefahr darstellen können und insbesondere die besorgniserregenden Stoffe eingedämmt werden müssen. Die Bauwirtschaft ist bereit, im Rahmen ihrer Möglichkeiten bei der Lösung dieser Herausforderung mitzuhelfen und die Mitglieder arbeiten bereits fachlich am Thema, um die kritischen Anwendungen von PFAS zu identifizieren und den Umgang damit zu klären. Siehe die **gemeinsamen Haltung** dazu.

Divers

30.10. SGK-NR

22.4199 Motion Sollberger (SVP/BL)

**Anpassung der Bauarbeitenverordnung hinsichtlich der Notwendigkeit
zur Einreichung eines Gesundheits- und Sicherheitsschutzkonzeptes**

Stand: In Kommission des Nationalrats



Position: Bauenschweiz unterstützt die in der Motion aufgeführten Herausforderungen und begrüsst den Entscheid des Ständerates dem Anliegen zu folgen. Der Dachverband beantragt der SGK-N die angepasste Formulierung zu unterstützen. Die Themenplattform Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz von Bauenschweiz hat dem BAG weitere Themen gestellt, bei denen die Bestimmungen in der BauAV auf den Bau- und Sanierungsvorhaben nicht praxistauglich sind. Der Dachverband steht zur Umsetzbarkeit der verschiedenen Anliegen auch im Austausch mit der Suva.

Divers

25.3624 Motion Schmid (FDP-Liberale/GR)

**Lernenden für die gesamte Lehrzeit die Grenzgängerbewilligung
erteilen**

Stand: In Kommission des Nationalrats



Position: Bauenschweiz unterstützt die Motion. Die Bauwirtschaft braucht genügend gut ausgebildete Fachkräfte, um die Modernisierung des Gebäude- und Infrastrukturlands voranzutreiben. Zugleich werden die Unternehmen entlastet, was der Dachverband begrüsst.

Divers

24.4420 Motion Hegglin (M-E/ZG)

Rechtssicherheit bei der Erschliessung von Abbaugebieten

Stand: Überwiesen an den Bundesrat



Position: Das Geschäft wurde in der Herbstsession an den Bundesrat überwiesen. Bauenschweiz unterstützte das Anliegen.

Das Bundesgericht hat im Spätsommer 2024 einen für die Bauwirtschaft weitreichenden Entscheid gefällt: Entgegen der bisherigen Praxis ist es seither in der Schweiz nicht mehr möglich bei Abbauprojekten zur Erschliessung von Primärrohstoffen frühzeitig eine Dienstbarkeit im Grundbuch einzutragen, um die Abbau- und Deponierechte zu sichern. Die Parteien benötigen bei solchen Projekten frühzeitige Rechtssicherheit. Von der Absichtserklärung der Involvierten, bis zum kantonalen Richtplaneintrag und zur Zonenplanänderung auf Gemeindeebene dauert es in der Regel mindestens zehn Jahre. In dieser Phase werden von den Unternehmen sechs- bis siebenstelligen Summen vorinvestiert. Die neueste Rechtsprechung verhindert, dass diese Investitionen frühzeitig dinglich abgesichert werden können. Für Grundbesitzer andererseits steigt der Druck, wenn sie ohne grundbuchamtliche Zusicherung in den kommunalen, politischen Prozessen ihre Interessen wahrnehmen wollen. Überdies verlieren die Landwirte die Möglichkeit von Anfang an in einem partnerschaftlichen Verhältnis die Rahmenbedingungen für einen Abbau festzulegen. Es ist davon auszugehen, dass schweizweit deutlich weniger Gesuche für den Kiesabbau, die Wiederauffüllung oder das Errichten und den Betrieb einer Deponie eingereicht werden. Ist die inländische Versorgung in Frage gestellt, müsste Rohstoff importiert werden, was aus ökologischer, ökonomischer und sozialer Sicht keinen Sinn macht.

Beschaffungsrecht, Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

25.3426 Motion UREK-NR

Stärkung nachhaltiger Baustoffe über die Vorbildfunktion des Bundes

Stand: Überwiesen an den Bundesrat



Position: Die Motion wurde in der Herbstsession an den Bundesrat überwiesen.

Im Grundsatz ist das Anliegen zur Vorbildfunktion der Öffentlichen Hand aus Sicht der Bauwirtschaft wichtig und richtig. Bauenschweiz plädiert jedoch dafür zum jetzigen Zeitpunkt keine parallelen, zusätzlichen Arbeiten zu starten.

Aus diesem Grund begrüsst Bauenschweiz das **Votum** von Bundesrat Albert Rösti in der Ständeratsdebatte Sommersession. Die Grundlagen für die von der Kommission geforderte «Stärkung nachhaltiger Baustoffe bei öffentlichen Ausschreibungen» sind aus Sicht Dachverband bereits geschaffen und wichtig ist, dass bei einer Überweisung durch den Nationalrat diese Arbeit - auch von BAFU und KBOB - gestärkt wird.

Gleichzeitig sind mit diesen Grundlagen die öffentlichen Bauherrschaften aufgefordert, ihre Vorbildfunktion mit einem deutlich höheren Tempo wahrzunehmen, um die Zielvorgabe im Klimaschutz und der Kreislaufwirtschaft zu erreichen. Das revidierte BöB und die IVöB haben die Grundlage geschaffen auf die Qualität und damit die Nachhaltigkeit an Stelle des Preises zu fokussieren.

Beschaffungsrecht, Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

25.3422 Motion UREK-SR

Stärkung nachhaltiger Baustoffe über die Vorbildfunktion des Bundes

Stand: Überwiesen an den Bundesrat



Position: Die Motion wurde in der Herbstsession an den Bundesrat überwiesen.

Im Grundsatz ist das Anliegen zur Vorbildfunktion der Öffentlichen Hand aus Sicht der Bauwirtschaft wichtig und richtig. Bauenschweiz plädiert jedoch dafür zum jetzigen Zeitpunkt keine parallelen, zusätzlichen Arbeiten zu starten.

Aus diesem Grund begrüsst Bauenschweiz das **Votum** von Bundesrat Albert Rösti in der Ständeratsdebatte Sommersession. Die Grundlagen für die von der Kommission geforderte «Stärkung nachhaltiger Baustoffe bei öffentlichen Ausschreibungen» sind aus Sicht Dachverband bereits geschaffen und wichtig ist, dass bei einer Überweisung durch den Nationalrat diese Arbeit - auch von BAFU und KBOB - gestärkt wird.

Gleichzeitig sind mit diesen Grundlagen die öffentlichen Bauherrschaften aufgefordert, ihre Vorbildfunktion mit einem deutlich höheren Tempo wahrzunehmen, um die Zielvorgabe im Klimaschutz und der Kreislaufwirtschaft zu erreichen. Das revidierte BöB und die IVöB haben die Grundlage geschaffen auf die Qualität und damit die Nachhaltigkeit an Stelle des Preises zu fokussieren.

Raumplanung

25.040 Geschäft des Bundesrates

Immobilienbotschaft zivil 2025

Stand: In Kommission des Nationalrats



Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

25.3902 Motion Vincenz-Stauffacher (FDP-Liberale/SG)

Einführung einer Deklarationspflicht für PFAS

Stand: In Kommission des Ständerats



Position: Bauenschweiz anerkennt, dass PFAS sowohl für die menschliche Gesundheit als auch für die Umwelt eine Gefahr darstellen können und insbesondere die besorgniserregenden Stoffe eingedämmt werden müssen. Die Bauwirtschaft ist bereit, im Rahmen ihrer Möglichkeiten bei der Lösung dieser Herausforderung mitzuhelfen und die Mitglieder arbeiten bereits fachlich am Thema, um die kritischen Anwendungen von PFAS zu identifizieren und den Umgang damit zu klären. Siehe die **gemeinsamen Haltung** dazu.

Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

25.3088 Postulat Imark (SVP/SO)

Überprüfung der Fotovoltaikförderung

Stand: Überwiesen an den Bundesrat



Raumplanung

25.3900 Motion Weichelt (AI/ZG)

Hitzebelastung grösstes Risiko für menschliche Gesundheit.

Raumplanungsgesetz anpassen

Stand: Stellungnahme zum Vorstoss liegt vor



Raumplanung, Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

25.3933 Motion Schlatter (GRÜNE/ZH)

Einbezug urbaner Hitzeinseln in die Naturgefahrenkarte des Bundes

Stand: Stellungnahme zum Vorstoss liegt vor



Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

25.3730 Motion Klopfenstein Broggini (GRÜNE/GE)

Sanierung von mit PFAS belasteten Standorten. Konsequente

Umsetzung des Verursacherprinzips

Stand: Stellungnahme zum Vorstoss liegt vor



Position: Bauenschweiz anerkennt, dass PFAS sowohl für die menschliche Gesundheit als auch für die Umwelt eine Gefahr darstellen können und insbesondere die besorgniserregenden Stoffe eingedämmt werden müssen. Die Bauwirtschaft ist bereit, im Rahmen ihrer Möglichkeiten bei der Lösung dieser Herausforderung mitzuhelfen und die Mitglieder arbeiten bereits fachlich am Thema, um die kritischen Anwendungen von PFAS zu identifizieren und den Umgang damit zu klären. Siehe die **gemeinsamen Haltung** dazu.

Raumplanung

25.3411 Motion Hübscher (SVP/ZH)

Infrastrukturbauten ermöglichen

Stand: Stellungnahme zum Vorstoss liegt vor



Raumplanung

25.3113 Motion Ruch (FDP-Liberale/VD)

Änderung der Raumplanung zugunsten von bestehenden bewohnten und teilweise bewohnten Gebäuden ausserhalb der Bauzone

Stand: Stellungnahme zum Vorstoss liegt vor



Position: Bauenschweiz unterstützt die Motion im Grundsatz, ohne dabei die Zielsetzung des RPGII mit Bauen ausserhalb der Bauzone zu schwächen.

Divers

24.3549 Motion Blunschy (M-E/SZ)

Hürden für die Unternehmensnachfolge abbauen, Nachteile gegenüber der Firmengründung eliminieren

Stand: Stellungnahme zum Vorstoss liegt vor



Position: Bauenschweiz unterstützt die Motion.

Divers

23.462 Parlamentarische Initiative Grossen (glp/BE)

Klare Spielregeln für Bundesunternehmen im Wettbewerb mit Privaten

Stand: In Kommission des Nationalrats



Position: Bauenschweiz unterstützt die Parlamentarische Initiative.

Divers

24.432 Parlamentarische Initiative Gutjahr (SVP/TG)

Wettbewerb und Sozialversicherungen mit Solidarhaftung schützen

Stand: In Kommission des Ständerats



Position: Bauenschweiz unterstützt das Anliegen und beantragt der Pa.Iv. Folge zu geben. Die Bauwirtschaft hat die darin formulierten Herausforderungen erkannt und setzt sich bereits seit Jahren über die Branchen- und Berufsverbände für das Thema ein. Dies alleine reicht jedoch nicht, um dem gesetzeswidrigen Missbrauch bei den Sozialabgaben vollumfänglich entgegen zu wirken. Je weiter nachgelagert eine Subbranche in der Wertschöpfungskette auf einem Bau- oder Sanierungsvorhaben ist, desto intensiver der Preiskampf und desto stärker der Anreiz für illegale Geschäftspraktiken. Dies schadet einer geordneten und partnerschaftlichen Zusammenarbeit und dem Image aller an Bau- oder Sanierungsvorhaben beteiligten Akteuren. Aus diesem Grund wird in der Pa.Iv. der Vorschlag gemacht, die im Entsendegesetz bereits verankerte Haftung der Erstunternehmen zu den Netto-Mindestlöhnen und Arbeitsbedingungen auf die Beitragszahlungen bei den Sozialversicherungen und dem GAV Bildungsbeträgen auszuweiten. Eine Umsetzung soll KMU-freundlich und effizient ohne unverhältnismässigen administrativen Mehraufwand sein und entsprechend im definitiven Gesetzestext sichergestellt werden.

Raumplanung

25.3151 Motion Knutti (SVP/BE)

Schluss mit Windenergieanlagen direkt vor der Haustür

Stand: Stellungnahme zum Vorstoss liegt vor



Divers

25.3429 Motion SGK-NR

Temporärbranche nicht weiter von der Schlechtwetterentschädigung ausschliessen

Stand: In Kommission des Ständerats



Beschaffungsrecht, Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

23.3756 Motion Roth Pasquier (M-E/FR)

Koordinierte Förderung von Innovationen im Bereich der Klimaschutztechnologien

Stand: In Kommission des Ständerats



Raumplanung

23.3718 Motion Burgherr (SVP/AG)

Baugesuche schneller behandeln

Stand: In Kommission des Ständerats



Position: Bauenschweiz unterstützt die Motion.

Raumplanung

23.060 Geschäft des Bundesrates

Geoinformationsgesetz. Änderung

Stand: Zurückgewiesen an den Bundesrat



Position: Bauenschweiz begrüsst die Rückweisung an den Bundesrat. Dieser soll insbesondere die Verfassungsgrundlage des Entwurfs eingehend prüfen und dafür sorgen, dass die neuen Bestimmungen keinen Präzedenzfall für die Verstaatlichung privater Daten darstellen. Die Position Bauenschweiz ist weiterhin «Handlungsbedarf Ja, vorgeschlagene Umsetzung Nein». Bauenschweiz begrüsst damit die Zurückweisung an den Bundesrat zur Klärung der Fragen.

Divers

24.3820 Motion WAK-NR

Gesundheitsschutz der Bauarbeitenden stärken, Fristen bei Hitzewellen verlängern

Stand: In Kommission des Ständerats



Position: Bauenschweiz unterstützt die Motion. Aktuell findet ein Dialog zwischen öffentliche Hand, Besteller, Suva und Ausführende zur Umsetzung des Anliegens sowie zur Einbettung in die gestartete Revision der Norm SIA 118 statt.

Divers

22.4563 Motion Grossen (glp/BE)

Eindämmung unfairer Konkurrenz durch Bundesbetriebe

Stand: In Kommission des Ständerats



Position: Bauenschweiz empfiehlt die Motion zur Annahme und beantragt dem Ständerat dem Nationalrat zu folgen und die Motion ebenfalls anzunehmen.

Divers

24.3805 Motion Marti (SP/BL)

Für eine vereinfachte Auszahlung der Schlechtwetterentschädigung bei grosser Hitze

Stand: Stellungnahme zum Vorstoss liegt vor



Kartellrecht

23.469 Parlamentarische Initiative Rieder (M-E/VS)

Klare Spielregeln für Bundesunternehmen im Wettbewerb mit Privaten

Stand: In Kommission des Ständerats



Position: Bauenschweiz unterstützt die Parlamentarische Initiative.

Kartellrecht

23.461 Parlamentarische Initiative Caroni (FDP-Liberale/AR)

Klare Spielregeln für Bundesunternehmen im Wettbewerb mit Privaten

Stand: In Kommission des Ständerats



Position: Bauenschweiz unterstützt die Parlamentarische Initiative.

Divers

21.470 Parlamentarische Initiative Roduit (M-E/VS)

Die Nichteinhaltung der obligatorischen Arbeitsbedingungen stellt einen qualifizierten unlauteren Wettbewerb dar und muss strafrechtlich verfolgt werden

Stand: In Kommission des Nationalrats



Position: Bauenschweiz unterstützt die Parlamentarische Initiative.

Kartellrecht

24.4590 Motion Rüegsegger (SVP/BE)

Sektoruntersuchung einführen. Strukturelle Wettbewerbsprobleme lösen

Stand: Stellungnahme zum Vorstoss liegt vor



Position: Bauenschweiz empfiehlt die Ablehnung der Motion und unterstützt die Position der **economiesuisse**. Auszug: Bereits heute verfügt die Behörde über ausreichende Mittel zur Marktbeobachtung. Eine Ausweitung hingegen würde die Unternehmen belasten, denn eine solche Ausweitung der Marktbeobachtung hätte zusätzliche Mitwirkungspflichten für Unternehmen zur Folge. Es bestünde das Risiko, dass das Instrument für unbegrenzte Informations- und Datenabfragen genutzt würde («fishing expeditions»). Weiter kommt hinzu, dass auch bestehende institutionelle Schwächen im Kartellverfahren verschärft würden: beispielsweise fehlt ein kontrollierendes Gegengewicht zur starken Stellung der WEKO, da Untersuchung und Entscheidung zu wenig getrennt sind. Schliesslich zeigen Erfahrungen aus dem Ausland, dass solche Instrumente zu Marktinterventionen ohne klare Rechtsverstösse führen können.

Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

24.3547 Motion Golay (MCG/GE)

Die Winterstromproduktion zuerst ausbauen

Stand: Stellungnahme zum Vorstoss liegt vor



Raumplanung

23.3717 Motion Burgherr (SVP/AG)

Mehr Freiraum beim Umbau landwirtschaftlicher Bauten

Stand: Zugewiesen an die behandelnde Kommission



Position: Bauenschweiz unterstützt die Motion.

Raumplanung

23.4453 Motion Brenzikofer (GRÜNE/BL)

Veloschnellstrassen realisieren

Stand: Stellungnahme zum Vorstoss liegt vor



Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

23.4520 Motion Bäumle (glp/ZH)

Förderung der Qualität der bestehenden Schutzflächen und der Biodiversität im Siedlungsraum

Stand: Stellungnahme zum Vorstoss liegt vor



Divers

23.4522 Motion Jauslin (glp/AG)

Abbau unnötiger Bürokratie bei Bestimmungen der Bauarbeitsverordnung

Stand: Stellungnahme zum Vorstoss liegt vor



Position: Bauenschweiz unterstützt die Motion.